

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 47

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Brigitte Anderegg

Selbstmordwelle von Bauern in Indien

Sunka Mallesam hat sich am 27. Mai mit Pestizid das Leben genommen. Er war 35 Jahre alt und Kleinbauer im Dorf Chilpur, Distrikt Warangal, Unionsstaat Andhra Pradesh, Indien. Auf seinen drei *acres* Land (1 *acre* = 0,4047 ha) hatte er versucht, Baumwolle anzubauen. Nach mehreren Missernten hatte er als Absicherung noch drei *acres* dazugepachtet, auf denen er Mais und Reis pflanzte. Wasser war schon immer ein Problem gewesen. Im Mai 2003 gab er 30'000 Rupien (ca. 830 Franken) aus, um ein neues Bohrloch zu graben. Doch auch in 90 Metern Tiefe fand sich kein Wasser. Verzweifelt unternahm er einen neuen Versuch im Januar 2004 – auch diesmal vergeblich. Insgesamt hatte er sich mit 75'000 Rupien (ca. 2080 Franken) verschuldet, um Wasser zu finden. 1998, als seine Tochter an Hirnhautentzündung erkrankt war, hatte er schon einmal einen Kredit von 40'000 Rupien aufnehmen müssen. Seine Geldgeber waren Freunde, Verwandte und private Geldverleiher. Die Genossenschaftsbank im Nachbardorf kam für ihn nicht in Frage, da sie zu harten Pfändungsmethoden griff, wenn jemand sein Darlehen nicht zurückzahlte. Staatliche Banken ihrerseits gewährten keine neuen Darlehen, bevor frühere Schulden zurückbezahlt waren. Sunka Mallesams Schulden beliefen sich auf 96'000 Rupien (ca. 2600 Franken), als er Selbstmord beging. Wenige Tage vorher hatte er noch seine beiden Ochsen verkauft und bei einem Gläubiger die nächste Ernte verpfändet. Doch die Ernteaussichten waren schlecht, und so hatte er jede Hoffnung verloren.

Reddy Ranga Rao und seine Frau – ebenfalls aus dem Unionsstaat Andhra Pradesh - waren Landarbeiter, bevor sie sich vor sieben Jahren entschlossen, Land zu pachten und darauf Reis anzubauen. Nach zwei Jahren versuchten sie es mit Zuckerrohr. Als Nagetiere die gesamte Ernte zerstörten, wechselten sie zurück zu Reis. Doch sie erholten sich nie von dem Rückschlag, da der Zuckerrohranbau höhere Investitionen erfordert als Reis und sie sich deshalb verschuldet hatten. Da Reddy Ranga Rao nicht rechtzeitig und genügend Pestizide und Düngemittel kaufen konnte, ging der Reisertrag von 25 auf 15 Sack pro *acre* Land zurück. Die Pacht für das Land betrug 30 Sack Reis für zwei Ernteperioden. Der Grundbesitzer war gleichzeitig auch Besitzer einer Reismühle und verlieh Geld für den Kauf von Saatgut, Pestizid und Düngemitteln. Reddy Ranga Rao war noch bei weiteren Geldverleihern verschuldet, zu einem jährlichen Zinssatz von 24 Prozent. Da der Pachtvertrag wie üblich nur auf einer mündlichen Abmachung beruhte, hatte er keinen Zugang zu Bankkrediten. Als Reddy Ranga Rao am 23. Mai im Alter von 45 Jahren Selbstmord beging, betrugen seine Schulden 2080 Franken und 60 Sack Reis. Noch am selben Tag erschienen die Geldverleiher bei seiner Familie und forderten ihr Geld zurück, und der Landbesitzer kündigte die Pacht auf.

So wie Sunka Mallesam und Reddy Ranga Rao haben sich in den letzten Monaten und Jahren in Indien Tausende von Kleinbauern und Pächtern umgebracht; meistens vergifteten sie

sich mit Pestizid. Das Phänomen ist nicht neu, wohl aber das Ausmass. Hat-ten sich bei früheren Selbstmordserien 1987/88, 1997/98 und 2000 vor allem Bauern in Dürregebieten, die auf den Anbau bestimmter Produkte wie Tabak, Baumwolle, Chili und Erdnüsse gesetzt hatten, umgebracht, so umfasst die jet-zige Selbstmordwelle auch fruchtbare Deltagebiete und jegliche Anbauprodukte. Und es ist kein Zufall, dass die beiden Unionsstaaten Andhra Pradesh und Karnataka am meisten davon be-troffen sind. Drei Viertel aller Bauern, die sich in den letzten Jahren das Leben nahmen, stammten aus Andhra Pradesh. Und in Karnataka begingen im Jahr 2003 wöchentlich vier Bauern Suizid, zwischen 2000 und 2003 insgesamt dreitausend.

Andhra Pradeshs Chefminister Chand-rababu Naidu, ein enger Verbündeter der bis Mai dieses Jahres auf nationaler Ebene regierenden hindunationalisti-schen Volkspartei BJP, wollte mit Hilfe von McKinsey-Beratern und Weltbank-krediten die Hauptstadt Hyderabad zum „Cyberabad“ Indiens machen. Infolge des mit den Krediten verbundenen Struk-turanpassungsprogramms wurden unter anderem die Elektrizitätspreise massiv erhöht, das Finanzwesen liberalisiert, die Ausgaben für ländliche Entwicklung gekürzt, und der Staat verabschiedete sich von seiner Rolle als Förderer der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Diese Politik stürzte neue Massen von Kleinbauern und Pächter ins Elend – in einem Staat, wo bereits 86 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Armut lebte und unter der Ausbeutung durch reiche Grundbesitzer litt, die nebst dem Land zusätzlich auch den Markt für Saatgut, Pestizide und Düngemittel sowie die Kreditvergabe kontrollierten.

Karnataka hat als erster Staat die neue indische Politik ab 1996 hin zu

einer exportorientierten Landwirtschaft umgesetzt. Der Staat änderte die beste-henden Landreformgesetze zugunsten der industriellen Plantagenwirtschaft und öffnete seinen Markt für Ararpro-dukte, was die Bauern einem unregu-lierten Wettbewerb aussetzte. Karnataka versuchte sich auch als Zentrum für Informations- und Biotechnologie zu etablieren. Die Regierung lockte Firmen in diesen Bereichen mit wirtschaftlichen Anreizen, Hilfe bei Landkäufen und der Strom- und Wasserversorgung. Dies ging auf Kosten insbesondere der Klein- und Kleinstbauern, die mit Wasser- und Stromknappheit, Landverlust, wach-senden Schulden und der Streichung von wirtschaftlichen und finanziellen Beihilfen konfrontiert wurden.

Die indische Wirtschaftsprofesso-rin Utsa Patnaik sieht die Ursache für die tiefe Krise, in der die indische Landwirtschaft steckt und als deren Folge die massenhaften Selbstmorde von Bauern zu sehen sind, in der wirt-schaftlichen Reformpolitik und Han-delsliberalisierung. Diese haben zu steigenden Produktionskosten und fal-lenden Erlösen geführt. Die Regierung strich die Subventionen für Saatgut, Düngemittel und Pestizide und zog sich auch aus den Bereichen Handel, Regu-lierung und Qualitätskontrolle zurück. Konsequenzen waren Preiserhöhungen und schlechte Qualität der Produkte, die zu Missernten führten. Die export-orientierte Landwirtschaftspolitik und die anfangs der 90er Jahre steigenden Preise für Produkte wie zum Beispiel Baumwolle bewogen Hunderttausende von Kleinbauern dazu, den Anbau von Grundnahrungsmitteln aufzuge-ben. Dies führte einerseits zu einem Preisanstieg für Grundnahrungsmittel, andererseits zur Verschuldung der Bau-ern wegen höherer Produktionskosten. Die Liberalisierung des Finanzsektors wiederum verteuerte die Kreditkosten

enorm, und die Vergünstigungen für Kleinbauern bei der Kreditvergabe fielen dahin. Dies zwang die Bauern, sich bei privaten Geldverleihern zu verschulden – zu horrenden Bedingungen. Als die Preise für landwirtschaftliche Exportprodukte zwischen 1996 und 2001 um die Hälfte einbrachen, war die landwirtschaftliche Misere komplett.

Im vergangenen Mai wurde die regierende BJP auf nationaler Ebene überraschend abgewählt. Die verarmte Landbevölkerung hatte sich nicht von deren Wahlslogan „Leuchtendes Indien“ blenden lassen. Auch in Andhra Pradesh und Karnataka gab es einen Regierungswechsel. Der neue Chefminister von Andhra Pradesh, Y.S. Rajasekhara Reddy von der Kongresspartei, kündigte sofort einige Hilfsmassnahmen für die Kleinbauern an wie kostenlose Elektrizität, einen teilweisen Erlass von Schulden bei staatlichen Banken sowie eine einmalige Zahlung von 100'000 Rupien (ca. 2700 Franken) an die Familien von Suizidopfern. Als innert eines Monats nach dem Regierungswechsel weitere 300 Kleinbauern Selbstmord begingen, führten dies politische Gegner von Reddy auf die in Aussicht gestellten Hilfszahlungen für die Familien zurück. Zu einem kompletten Schuldenmoratorium konnte sich Reddy bisher nicht durchringen; auch seine Regierung steht unter dem Einfluss der reichen Eliten.

Die erste Reise des neuen indischen Premierministers Manmohan Singh führte nach Andhra Pradesh, wo er sich mit betroffenen Familien traf und eine Reihe von kurz- und längerfristigen Massnahmen ankündigte. Die neue Regierung in Delhi stellte die Reform der Landwirtschaft ins Zentrum ihres Haushaltsplans.

All diese Massnahmen sind gut und nötig, doch gefordert wäre ein radikaler Kurswechsel in der Landwirtschafts-

politik: weg von einem System, das Nahrungsmittel als Ware zur Profitmaximierung und für den Aussenhandel betrachtet, hin zu einem Modell, das sie als integralen und essentiellen Teil des menschlichen Lebens und der gesellschaftlichen Kultur begreift.

In Indien sind bei einer Bevölkerung von etwas über einer Milliarde 233 Millionen unterernährt. Die Kluft zwischen Stadt und Land, die auf die koloniale Ära zurückgeht, hat sich weiter verschärft. Der gandhianische Weg einer Entwicklung, die von den Dörfern ausgeht, scheint längst vergessen. Eine Organisation, die sich in Zielen und Methoden auf Gandhi beruft, ist die Landrechtsbewegung *Ekta Parishad*. Sie setzt sich dafür ein, dass die Menschen die Kontrolle über ihre natürlichen Lebensgrundlagen behalten oder wiedererlangen. Mit Massenmobilisierungen übt sie Druck auf die Regierungen der Unionsstaaten aus für einen Politikwechsel zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit. Mit einem sechsmonatigen *padyatra* (Fussmarsch) über 3000 Kilometer quer durch Madhya Pradesh im Jahr 2000 hat sie erreicht, dass über Hunderttausend Familien zu Landtiteln kamen. Für den Oktober 2007 hat Ekta Parishad bereits einen grossen „Marsch auf Delhi“ angekündigt. Die Kongress-Regierung soll dannzumal an ihre Wahlversprechen zugunsten der Armen auf dem Land erinnert werden. Je nachdem wird es ein Siegeszug oder eine riesige Protestdemonstration.

Gemäss einer Meldung von Reuters vom 28. Oktober 2004 hat Andhra Pradesh eine neue Lösung für die landwirtschaftliche Krise gefunden: der Unionsstaat will Bauern nach Ostafrika exportieren. Ein Abkommen mit der kenyanischen Regierung, wonach Andhra Pradesh in diesem Land 50'000 *acres* für 1000 seiner Bauern pachten kann, soll demnächst unterzeichnet werden;

Gespräche mit Tanzania und Uganda sind im Gang. 500 Bauern sollen das Angebot bereits akzeptiert haben. Der Unionsstaat kommt für Reisekosten und Übersetzer auf und unterstützt die Bauern bei der Gründung von Produktions-Kooperativen. Die Überweisung des Verdiensts an die Familien zu Hau-

se soll uneingeschränkt möglich sein. „Dies ist eine einmalige business opportunity für unsere Bauern“, sagte Landwirtschaftsminister N.R.Reddy. Andhra Pradesh war bisher besser bekannt für die Entsendung Tausender von Computerfachleuten nach Westeuropa und in die USA.

Quellen:

Ekta Parishad: diverse Dokumente, Publikationen und Gespräche. www.ektaparishad.org

India Resource Center. www.indiaresource.org/news

Magazin „Frontline“, 2004: Der Suizid von Kleinbauern ist Schwerpunktthema in der

Ausgabe Vol. 21, N°13, 19. Juni - 2. Juli. www.flonnet.com

Shalmali Guttal, 2004: Farmers' suicides in Karnataka State. In: Focus on Trade N° 104, September. www.focusweb.org.

Urs Sekinger

Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas

„Die globale Diktatur des Handels über Produzenten wie Konsumenten“, so lautet das Fazit des französischen Finanzexperten Christian Jacquiau in seinem Artikel „Das Räderwerk der Einkaufswagen“, in dem er die Macht der Supermarktketten in Frankreich analysiert, wo „sich heute fünf Einkaufszentralen 90 Prozent des französischen Lebensmittelmarktes teilen.“ (S.116) In den übrigen europäischen Ländern ergibt sich ein ähnliches Bild: wenige Handelsketten kontrollieren 70 – 80 Prozent des Marktes. Erschienen sind dieser und weitere Artikel in der vom Europäischen BürgerInnenforum und CEDRI herausgegebenen Aufsatzsammlung „Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas.“¹

Anhand zahlreicher Beispiele wird aufgezeigt, dass billigste, jederzeit verfügbare Arbeitskräfte ausgehend vom

„kalifornischen Modell“ (Jean-Pierre Berlau, S. 22) schon immer das Rückgrat der industriellen Landwirtschaft waren und weiterhin bleiben. Der Süden Spaniens steht dafür als Beispiel. „Mehr als dreissigtausend Hektaren Plastiktreibhäuser bedecken den ‚Poniente‘, die Region zwischen El Ejido und Almeria (Andalusien) am Fuss der Sierra Nevada im Süden Spaniens. Auf dieser kleinen Fläche wird für jeden Europäer und jede Europäerin mehr als zehn Kilo Treibhausgemüse produziert. Im Winter bringen täglich Tausende von Lastwagen Tomaten, Gurken, Peperoni und anderes Gemüse nach Zürich, Berlin, London Eine zerstörte Umwelt, eine von Pestiziden und üblen Gerüchen gesättigte Luft, eine Landschaft ohne Grünflächen, ohne Bäume, ohne sauberes Wasser, ohne Lebewesen, eine industrielle Einöde, die apokalyptische Züge annimmt. Das ist der Preis.

Auch der Mensch hat hier keinen Platz mehr. Es zählt nur noch die Arbeitskraft: Sie muss jederzeit zur Verfügung stehen, wie eine betriebsbereite Landmaschine, am besten sie lebt in Rufweite in einem Plastikverschlag. Wenn das Gemüse reift, die Preise gut sind und die Grossverteiler winken, braucht es schnell viele Hände, die je nach Bedarf ebenso rasch wieder entlassen werden. Die Ackersklaven und –sklavinnen von El Ejido kommen heute aus Marokko, Schwarzafrika und neuerdings aus Lateinamerika oder Osteuropa. Sie arbeiten zu niedrigsten Löhnen und unter Bedingungen, die Einheimische nie akzeptieren würden. Eine verschärfte Konkurrenz zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, soziale Ausgrenzung und Rassismus sind feste Bestandteile des Systems.“ (S.5)

Im Februar 2000 mussten dies die marokkanischen Landarbeiter erfahren, als die Einwohner von El Ejido eine „regelrechte Menschenjagd“ auf sie machten, die 60 Verletzte forderte. Ihre Unterkünfte wurden zerstört. Das BürgerInnenforum und CEDRI berichteten damals über die Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen.² Zugleich waren diese Konflikte Anlass für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der industriellen Landwirtschaft.

Unter dem Preisdiktat der Grossverteiler hat die kleinräumige Landwirtschaft, wie sie gerade für die Schweiz bis anhin charakteristisch war, keine Chance mehr. Grossmengenproduktion, basierend auf billigen Saisonarbeitskräften, ist das Modell von Agrarexperten und massgeblichen PolitikerInnen. Und so finden sich Verhältnisse wie in „El Ejido“ wieder im österreichischen Marchfeld, in Europa eines der grössten Spargel- und Erdbeeranbaugebiete; in Deutschland oder den Niederlanden, wo Agenturen billige osteuropäische Land-

arbeiter vermitteln; aber auch in Frankreich und der Schweiz, wo spezielle Migrationsgesetze oder Arbeitsverträgen, eine „legale“ Ausbeutung ermöglichen. Zwar legen die Arbeitsverträge Wochenarbeitszeiten /48 - 66 Stunden) und Bruttomindestlöhne (2'700 - 3'000 Franken) fest, doch kann in „gegenseitigem Einverständnis“ davon abgewichen werden. Asylbewerber, ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa, „Illegale“ und neuestens sogenannte „Praktikanten“ werden gegeneinander ausgespielt, um die Löhne zu drücken.

Untersuchungen und Berichte der EFFAT (European Federation of Food, Agriculture, Tourism Trade Unions) belegen, das „soziales Dumping bei landwirtschaftliche Saisonarbeit heute kein vereinzelt Phänomen mehr ist, sondern tägliche Realität in nahezu allen Staaten Europas“.³ Im Rahmen der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter IUL wurde deshalb eine „Charta der Rechte der Wanderarbeitnehmer in der Landwirtschaft“⁴ ausgearbeitet, die „menschenswürdige Arbeit und Gleichbehandlung“ fordert und feststellt: „Kein Arbeitnehmer ist ein illegaler Arbeitnehmer“. Noch wartet diese Charta auf die konkrete Umsetzung.

Einzelne Agrarunternehmer machen mit dem agroindustriellen Produktionssystem gute Gewinne. Sie sind aber ihrerseits von den Grosshandelsmonopolisten abhängig. Der ehemalige Direktor der Landwirtschaftskammer des Kantons Genf, Willy Streckeisen, zeigt dies am Beispiel der Schweiz auf.⁵ Die Grosshandelsketten „sind es, die die Preise diktieren, die sie den Bauern zahlen“, stellt er lapidar fest. Der einzelne Bauer ist nur noch „Rohstofflieferant“ für die Lebensmittelindustrie, die 80 Prozent der Lebensmittel weiterverarbeitet. Eine französische Studie weist denn auch nach, dass die Produktivitätsgewinne in der Landwirtschaft

an diese Lebensmittelindustrie, den Zwischenhandel, die Supermarktketten und zu einem Teil auch an die KonsumentInnen gingen, nicht aber an die ProduzentInnen. In der Romandie blockierten deshalb 2003 aufgebrachte Bauern die Verteilerzentren von COOP und Migros, weil sie beim Rindfleisch einen Preisverlust von 24 Prozent hinnehmen mussten, während die beiden Grossverteiler ihre Gewinnmarge um 13 Prozent erhöhten (S. 108-109).

Zu dieser sozial und ökologisch höchst schädlichen Entwicklung in der Landwirtschaft gibt es nur eine Alternative: „Jedes Land, jedes Volk müsste das Recht haben, wenn nicht die Pflicht, sich selber zu versorgen, so weit dies möglich ist. Ernährungssouveränität und regionale Vermarktung gehören zusammen, sie ergänzen sich.“ (S.112) Dazu sind auch die WTO-Spielregeln radikal zu ändern.

Diese Forderung wird weltweit vom Zusammenschluss der Kleinbauernorganisationen VIA CAMPESINA ebenfalls erhoben. In der Schweiz haben sich landwirtschaftliche Organisatio-

nen, Gewerkschaften und Konsumentenschutz zusammengeschlossen und das Manifest „Für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft“⁶ formuliert. Darin fordern sie eine generelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, wozu die Wertschöpfung dienen soll, und die Regularisierung der in der Landwirtschaft beschäftigten Sans-Papiers. Die Logik der Konkurrenz auf den verschiedensten Ebenen soll durchbrochen und das Recht auf Ernährungssicherheit festgeschrieben werden. Weltweit müssen die Menschenrechte und der Schutz der Umwelt auch in der landwirtschaftlichen Produktion eingehalten werden.

Zwischen den Zeilen wird immer wieder eines deutlich: Als Konsumentinnen und Konsumenten haben auch wir es in der Hand, uns nicht einfach dem Diktat der Grossverteiler zu unterwerfen, sondern uns auf Märkten oder im Direktverkauf zu versorgen, und damit einen Beitrag für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu leisten.

Anmerkungen

- 1 Europäisches BürgerInnenforum / Europäisches Komitee für die Verteidigung der Flüchtlinge und GastarbeiterInnen (CEDRI), 2004: Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas. Basel. Die erwähnten Broschüren können bestellt werden bei: EBF, Postfach, 4004 Basel, suisse@forumcivique.org
- 2 Europäisches BürgerInnenforum / CEDRI, 2000: Anatomie eines Pogroms. Z.B. El Ejido. Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien. Basel
- 3 EFFAT, 2003: Als landwirtschaftlicher Saisonarbeiter in Europa. Berichte aus dem Leben. Bruxelles
- 4 IUL, IG Bauen-Agrar-Umwelt, EFFAT, 2002: Charta der Rechte der Wanderarbeitnehmer in der Landwirtschaft, o.O.
- 5 Willy Streckeisen, 2004: Die Schlüsselrolle der Grosshandelsketten. In: Europ. BürgerInnenforum/CEDRI, 2004.
- 6 Manifest „Für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft“, vorgestellt an der Pressekonferenz vom 29. November 2004 in Bern. Zu finden unter: www.forumcivique.org

Politische Ökologie des Hungers

Mike Davis' „Geburt der Dritten Welt“

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts etwa 50 Millionen Menschen während dreier globaler Dürreperioden starben: Indien, China, Java, die Philippinen, Neukaledonien, Korea, Brasilien, Ägypten, der Maghreb und das südliche Afrika wurden nahezu gleichzeitig von einer Hungerwelle und ihr folgenden Malaria-, Pest-, Ruhr-, Pocken- und Choleraepidemien unvorstellbaren Ausmaßes heimgesucht. Die Meteorologie fasst die diesen gigantischen Naturkatastrophen des Viktorianischen Zeitalters zugrunde liegenden Klimaschwankungen in einem einheitlichen, weltweiten Wetterphänomen zusammen: Die Bezeichnung ENSO (El Niño/Southern Oscillation) steht dabei für die Oszillation von Luftmassen und Meerestemperatur im Pazifikbecken. Schwankungen in diesem komplexen Verhältnis führen zu radikalen klimatischen Verschiebungen wie etwa dem Ausbleiben des Monsunregens.

Wirtschaftshistoriker gleich welcher Couleur haben dieser naturwissenschaftlichen Erklärung des Massensexodus im 19. Jahrhundert in der Regel nicht viel hinzuzufügen, außer vielleicht den Hinweis darauf, dass die beginnende Industrialisierung sicher mehr Menschenleben hätte retten können, wäre sie zum damaligen Zeitpunkt schon weiter fortgeschritten gewesen. Mike Davis, der sich mit *City of Quartz* und anderen Veröffentlichungen bislang als Stadtsoziologe einen Namen gemacht hat, stellt sich dieser Einschätzung diametral entgegen: Nicht mangelnder Fortschritt, sondern die Zerstörung traditioneller Formen des Katastrophenschutzes und der ökologischen Vorsorge im Namen

des Fortschritts sei schuld am unvorstellbaren Ausmaß der Hungersnöte während der Regentschaft der britischen Königin Victoria. Sicherlich, die mörderische Rolle von Kolonialismus und Ausbeutung wird spätestens seit Karl Marx angeprangert, es gebe, so Davis, aber „zwingende [...] Gründe, sich nochmals mit dieser geheimen Geschichte zu beschäftigen“: Warum etwa nahm der Hunger in Südamerika, Afrika und Asien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu, während in Europa kaum mehr gehungert wurde? Warum wirkten sich der moderne Getreidehandel und die Errichtung globaler Transportwege nicht – wie gemeinhin behauptet – hungerlindernd aus? Und schließlich: Warum waren die Regierungen der betroffenen Länder nach hunderten von Jahren aktiven Katastrophenschutzes nicht mehr dazu in der Lage, für ihre Bevölkerungen zu sorgen?

Davis konzentriert sich in seiner Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts zunächst auf die ökologischen Aspekte und spricht vom exzessiven Raubbau an Mensch und Natur in den Ländern der entstehenden Peripherie, dem eine bis heute andauernde „ökologische Armut“ folgte. Er definiert diese als „der verweigerte oder verlorene Zugang zu den natürlichen Grundlagen der traditionellen Landwirtschaft“. Eine damit zusammenhängende wachsende Verarmung der Privat- und schließlich auch der Staatshaushalte, die sich bislang um Nahrungsmittelsicherheit in Zeiten extremer klimatischer Verhältnisse und um ökologische Belange wie Bewässerung, Hochwasserkontrolle und Erosionsschutz kümmerten, führte zur Entstehung der Dritten Welt und

ihrer bis heute andauernden Anfälligkeit gegenüber extremen Klimaschwankungen. Ob dabei allerdings von einer gezielten Vernichtung durch Hunger gesprochen werden kann, ist fraglich, da die peripheren Länder und ihre Bevölkerungen wichtige weltwirtschaftliche Funktionen sowohl als Absatzmärkte wie auch als Rohstofflieferanten und Produzenten von Billigwaren zu erfüllen hatten. Eher noch zeigt sich, dass es den Europäern an Wissen mangelte, immer wiederkehrenden Naturkatastrophen und deren Folgeerscheinungen durch Präventionsmaßnahmen zuvorzukommen.

Davis vergleicht den Umgang der chinesischen Regierung mit einer ähnlichen weltweiten Umweltkatastrophe Mitte des 18. Jahrhunderts mit den hilflosen Versuchen der Hungerhilfe gegen Ende des 19. Jahrhunderts; dabei kommt er zu dem Schluss, dass vorhandenes Wissen und existierende Schutzmaßnahmen bewusst ignoriert wurden, weil die Nahrungsmittelsicherheit den wirtschaftlichen Interessen der neuen imperialistischen Mächte widersprach und darüberhinaus aus den als minderwertig betrachteten peripheren Gesellschaften kein Wissenstransfer stattfand. Während die chinesische Hungernothilfe von 1743/44 als ein zentrales Standbein Subsistenzwirtschaft als ein Menschenrecht auswies – ein Recht, das, nebenbei bemerkt, in keiner europäischen Gesellschaft damals existierte –, starben in der gleichen Zeit in Europa Millionen Menschen, um die Möglichkeit der Selbsthilfe beraubt, an Hunger und hungerbedingten Krankheiten: „Im europäischen Zeitalter der Aufklärung waren die ‚an Hunger sterbenden Massen‘ also mit anderen Worten nicht Chinesen, sondern Franzosen, Iren und Kalabreser.“

Fehlentscheidungen am Vorabend der Katastrophe, wie etwa in Indien

die Umstellung von der ökologisch sinnvollen Brunnenbewässerung auf die von englischen Ingenieuren propagierte, erosionsfördernde Kanalbewässerung, die Enteignung von Gemeindeland oder das sture Festhalten an der astronomisch hohen Steuerlast der Bauern führten dazu, dass der Großteil der Bevölkerung völlig unvorbereitet den Missernten der folgenden Jahre gegenüberstand. Davis zitiert zeithistorische Quellen, in denen davon die Rede ist, dass den „ledernen Gesetzen“ indischer Herrscher die „eisernen Gesetze“ der Engländer folgten: Während es noch im 18. Jahrhundert in Zeiten der Nahrungsmittelknappheit großzügige Steuererlasse gab, kannten die Engländer eine solche flexible Anwendung ihrer wirtschaftspolitischen Regeln nicht. Kostenintensiv angebaute Baumwolle und Exportweizen verliesen somit genau zu dem Zeitpunkt zu Dumpingpreisen das Land per Eisenbahn, zu dem an den Bahnstrecken die Bauern und ihre Familien verhungerten. Dies war insofern für die ehemals starken asiatischen Ökonomien eine völlig neue Erfahrung, da sich gerade sie durch ein komplexes System der Vorratshaltung und Nahrungsmittelsicherheit auszeichneten – schließlich mussten, historisch gesehen, fast regelmäßig Dürrejahre überbrückt werden.

Die Etablierung der modernen Weltwirtschaft unter englischer Regie hatte insbesondere für China und Indien eine radikale ökonomische Verschlechterung zur Folge: Im 18. Jahrhundert noch waren Arbeiter in Indien rechtlich und wirtschaftlich deutlich besser gestellt als in Britannien. Für Davis ist deshalb die entscheidende Frage, warum sich gerade die sehr erfolgreichen asiatischen Ökonomien nicht an die neuen Wettbewerbs- und Produktionsbedingungen anpassen konnten. Die Antwort scheint banal: „Die indischen und chinesischen Webereien wurden nicht vorrangig über

die Konkurrenz vom Markt gedrängt, sondern wurden durch Kriege, Eroberungen, Opium und die [...] einseitigen Zölle in den Ruin getrieben.“

Weithin bekannten Imperialismusanalysen hat Davis an diesem Punkt nicht viel Neues hinzuzufügen, in Zeiten neoliberaler Markteuphorie kann aber sicherlich nicht oft genug auf die Rolle von Gewalt bei der ursprünglichen Akkumulation, der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Märkte, hingewiesen werden. In zahlreichen Einzelstudien zeichnet er zudem die strukturellen Anpassungskosten an das neue Regime nach und zeigt auf, wie diese von Europa und Nordamerika auf die Bauern der „frisch geprägten Peripherien“ übertragen wurden. Er fördert dabei – wenn auch das große Ganze bekannt scheint – immer wieder interessante Details zutage: der Anbau von Exportgütern wie Indigo, der sich gegen den Willen der Bauern nur mit paramilitärischer Gewalt durchsetzen ließ, die Kriminalisierung der Nomaden, die ökologische Misswirtschaft im Vorfeld der großen Sintflut am Gelben Fluss in China 1855 oder einfach nur die üblichen Fälle von Korruption lokaler Verwalter der Empire-Kolonien.

Das neue imperialistische Zeitalter (1888-1902) zeichnete sich demnach durch eine direkte, rohe Form der Gewaltanwendung aus. Diese wurde zudem keineswegs verhehlt, sondern durchaus als notwendig erklärt, um den sogenannten unzivilisierten Horden Herr zu werden, die die Europäer bei ihren Eroberungszügen vorfanden. Die Stärke von Davis' Ansatz liegt gar nicht mal so sehr darin, einer ökonomischen Imperialismusdefinition neue Aspekte erschlossen zu haben, er verweist vielmehr auf einen weiteren, brisanten Sachverhalt, der auch in der Postkolonialismusdebatte eine Rolle spielt: die Vernichtung von Wissen im Umgang

mit Hunger und Umwelt. Das Bild eines ökonomisch und vor allen Dingen intellektuell unterentwickelten Südens, dem in ökologisch instabilen Zeiten geholfen werden müsse, hat sich bis heute in den Köpfen festgesetzt und ist ein Bestandteil des Vermächtnisses des imperialistischen Zeitalters. Die Analyse von Mike Davis trägt zur Dekonstruktion dieses kolonialistischen Erbes bei.

Eigentlich ist es ja unvorstellbar, dass so ein „unzeitgemäßes“ Buch noch geschrieben werden musste – und als Träger des World History Association Book Award zumindest im angloamerikanischen Sprachraum, aber auch in Frankreich und Italien eine rege Debatte auslöste. Davis' Analyse besticht aber durch ihre analytische Schärfe in Tradition der Kritik der politischen Ökonomie sowie den Detailreichtum der zahlreichen Länderstudien. Der von ihm sogenannten moralischen Anklage etwa durch eine bewusst schockierende Bebilderung mit zeithistorischen Fotos oder durch die Verwendung des Begriffes Holocaust, den die Übersetzer diskret durch Massenvernichtung ersetzt haben, hätte es in Anbetracht der Schlüssigkeit seiner bestens untermauerten Argumentation gar nicht bedurft.

Kritikwürdig hingegen ist m. E. sein implizit romantisierender Bezug auf traditionelle Wirtschaftsweisen. Zwar brachte der sogenannte Fortschritt erst den Hunger nach Indien, China, Brasilien und in all die anderen Länder, die noch vor 300 Jahren über funktionierende, eigenständige Wirtschaftssysteme verfügten. Einen einfachen Weg zurück hinter die globale Weltwirtschaft gibt es jedoch nicht. Womit allerdings nicht behauptet werden soll, Subsistenzwirtschaft sei kein Thema und die mit ihr verbundene politische Debatte, wie sie insbesondere in feministischen Kreisen seit mehr als zwei Jahrzehnten differenziert geführt wird, ignoriere wirt-

schaftspolitische Gegebenheiten. Für Davis selbst spielt diese Debatte keine Rolle, obwohl von einer Imperialismusanalyse schon erwartet werden könnte, sich auf Rosa Luxemburgs Diktum vom imperialistischen Kapitalismus, der der nicht-kapitalistischen Subsistenzwirtschaftlichen Peripherien bedarf, diese aber zugleich auch zerstöre, zu beziehen. Inwiefern Subsistenzwirtschaft eine der möglichen Antworten auf die Krise der Agrarwirtschaft, auf die Folgen der Globalisierung, auf Armut und Hunger ist, Davis macht sich darüber keine Gedanken.

Dem Buch ist letztlich zugute zu halten, dass kein Resümee und keine vorschnelle Übertragung auf heutige Verhältnisse die Differenziertheit der wirtschaftshistorischen Analyse relati-

vieren. Insofern liefert er auch keinen expliziten Beitrag zur aktuellen Imperialismusdebatte, wie sie sich heute wieder entbrannt hat. Aber das ausserordentliche Buch dient sehr wohl als Folie, vor deren Hintergrund einige gegenwärtige Konfliktverhältnisse besser verstanden werden können. An dieser Studie, das steht fest, kommt in der Debatte über Kolonialismus, Imperialismus und Globalisierung niemand vorbei.

Mike Davis: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter. Aus dem Amerikanischen von Ingrid Scherf, Britta Grell und Jürgen Pelzer. Assoziation A, Berlin, Hamburg 2004 (464 Seiten, 29,50 €)

Anne Huffs Schmid: Diskursguerilla. Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit. Synchron Wissenschaftsverlag der Autoren, Heidelberg 2004 (480 Seiten, 44,80 €)

Unter dem Titel „Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn. Die *Zapatistas* im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit“ publizierte die lange Zeit in Mexiko-Stadt lebende Journalistin Anne Huffs Schmid im Frühjahr 2004 ihre Dissertation. Die im deutschsprachigen Raum vor allem durch ihre Tätigkeit für *die tageszeitung* als Mexiko-Korrespondentin bekanntgewordene Autorin nahm schon früh die sich auf den mexikanischen Revolutionsgeneral *Emiliano Zapata* berufende Befreiungsbewegung EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*) als

etwas einzigartiges wahr. In mehreren Essays und Artikeln beschäftigte sie sich bereits mit dem „für eine revolutionäre Bewegung ungewöhnlichen Diskurs“ sowie mit seinen Resonanzen. Ihre nun vorliegende Arbeit stellt für sie „den Versuch dar, eine soziale Rebellion wie die der *Zapatistas* als Text zu lesen“ (S. 317).

Schon der Zeitpunkt des überraschenden Auftauchens der Guerilla in der Öffentlichkeit war symbolträchtig gewählt: Als in der Nacht zum 1. Januar 1994 in Mexiko-Stadt die Champagnerkorken knallten, da die Elite Mexikos mit dem Beitritt des Landes zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) ihren erhofften Eintritt in den Club der Ersten Welt feierte, besetzten mehrere Tausend schlechtbewaffnete *Indígenas* im südlichsten Bundesstaat Chiapas mehrere Gebietshauptstädte.

Sie vernichteten die Archive der Grundbuchämter und vertrieben die Großgrundbesitzer von ihren Ländereien, um sich so eine alte Forderung aus der mexikanischen Revolution (1910-1917) anzueignen: jene nach „Land und Freiheit“.

Die Zapatistas sehen sich selbst als *Indígenas*, als Vergessene, die um ihre Anerkennung kämpfen. „Wir sind das Produkt von 500 Jahren Kampf“, so der Beginn ihrer „Ersten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“. Mit ihrem „Ya Basta!“ („Es reicht!“) riefen sich die *Indígenas* Südmexikos in die Erinnerung des „offiziellen Mexikos“, das der urban geprägten *Mestizaje*. So charakterisiert Anne Huffs Schmid den Aufstand der *Zapatistas* folgerichtig als „Wortergreifung“. Und seit 1994 ergriffen die Zapatistas – trotz des mal mehr, mal weniger intensiven Krieges, der gegen sie geführt wird – immer wieder das Wort und die politische Initiative. Warum die *Zapatistas* in Mexiko soviel bewegen konnten und auch über die „Mexiko-Bühne“ hinaus bekanntgeworden sind, warum sie zum Bezugspunkt für viele Aktivisten der Antiglobalisierungsbewegung werden konnten, warum sie als Bewegung überleben konnten, liegt nach Ansicht der Autorin an ihrer Fähigkeit, als „Diskursguerilla“ immer wieder tief „hinter die gegnerischen Diskursfronten“ einzudringen und so ihrem Autonomiebestreben Legitimität zu verleihen. Dabei klammert sie in ihrer Analyse allerdings aus, wie der indigene Autonomiegedanke von den Zapatistas mit Leben gefüllt wird. Die Selbstorganisationsprozesse (Demokratie, Bildung, Kollektivökonomie etc.) in den sozialen Basen der EZLN werden nicht thematisiert, obwohl sich die Autorin der Schwierigkeit durchaus bewußt ist, daß „diskursive nicht ohne soziale Materialität zu denken ist [und umgekehrt]“ (S. 335).

Methodisch nimmt Huffs Schmid ihre „Lektüre“ entlang einer „Konjunkturachse“ vor, auf der sie zwischen 1994 und 1997 neun diskursrelevante Wendepunkte ausmacht. Diese Ereignisse sind: der Aufstand und die kurze Phase der militärischen Gefechte bis zum Waffenstillstand im Januar 1994 – der erste Dialog zwischen der EZLN und der Regierung in San Cristóbal im Februar/März 1994; die im August 1994 im zapatistischen Einflußgebiet stattfindende *Convención Nacional Democrática* (CND); die Militäroffensive im Februar 1995 und die „[vermeintliche] Demaskierung des *Subcomandante*“; die *Consulta* im August 1995, eine „Volksbefragung zu [bündnis-] politischen Perspektiven der EZLN“ – das *Intergaláctico* im Sommer 1996, also das „Interkontinentale Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit“ im chiapanekischen Urwald; der Auftritt von *Comandanta Ramona* auf dem *Zócalo* von Mexiko-Stadt, zugleich die Gründung des *Congreso Nacional Indígena* (CNI) im Oktober 1996; der Marsch der 1111 zapatistischen Kämpfer/innen nach und durch Mexiko-Stadt, zugleich Gründung der zivilen *Frente Zapatista de Liberación Nacional* (FZLN) im September 1997; das Massaker im Flüchtlingslager von *Acteal* im Dezember 1997, bei dem 45 Frauen, Männer und Kinder von Paramilitärs brutal ermordet wurden. Die über diesen Zeitraum hinausgehenden signifikanten Ereignisse, etwa die zweite Volksbefragung der EZLN (*Consulta*) im März 1999, der Wahlsieg von Vicente Fox im Juli 2000 oder der zapatistische Marsch auf die Hauptstadt im Februar/März 2001 fließen ebenfalls in die Untersuchungen ein, wenngleich weniger systematisch.

Die Autorin greift in ihrer Diskursanalyse zunächst auf ihre eigene Lektüreerfahrung mit zapatistischen Texten

zurück, die rund 80 Kommuniqués umfaßt, und von denen einige im Anhang des Buches dokumentiert sind. Dabei werden die Besonderheiten in der Symbolsprache und in der Ikonographie des *Zapatismo* hervorgehoben, wie die Autorin den zapatistischen Diskurs nennt. Neben Anleihen aus der mexikanischen Revolution bedient sich der *Zapatismo* zunehmend seiner indigenen Wurzeln, die bis in die präkolumbianische Mayakultur zurückreichen. Bei der im August 2003 vorgenommenen Umbenennung ihrer fünf dezentralen Versammlungsorte von *Aquascalientes*, einem Begriff, der auf den Austragungsort eines Konvents der Revolutionsstruppen von 1914 zurückgeht, in *Carracoles*, ersetzen die *Zapatistas* sogar einen Begriff aus der mexikanischen Revolution durch einen indigenen Begriff – die „Schneckenmuschel“ ist ein traditionelles indigenes Symbol für Kommunikation, das sowohl den Zugang zu den Zapatistas als auch den Ort ihrer Zusammenkunft symbolisiert. Im übrigen wurden gleichzeitig die regionalen, basisdemokratisch organisierten *Juntas de Buen Gobierno*, die „Räte der guten Regierung“, an diesen Orten eingerichtet – im Gegensatz zum *Mal Gobierno*, der „schlechten Regierung“, wie die mexikanischen Indígenas nicht nur die gegenwärtigen, sondern bereits die Kolonialregierungen während der Unabhängigkeitskriege im 19. Jahrhundert bezeichneten.

Auch der „Widersinn“ („Paradoxien“, „eigentümliche Balance aus Pathos und Spott, Kitsch und Ironie“, „offensichtlicher Größenwahn“, „Quijoterien“ etc.) der „Auftritte“ und politischen Offensiven der Befreiungsbewegung und ihrer Sprecher/innen wird charakterisiert. Dabei weist Huffs Schmid nach, daß die Symbolik und die Ikonographie des zapatistischen Diskursrepertoires, also beispielsweise die Maske in ihrer

Leerstellen- und Spiegelfunktion oder die Nationalfahne als (die Indígenas) einschließendes Symbol, eng mit dem verwoben sind, was sie auf der „Mexiko-Bühne“ vorfinden. Sie beschreibt z.B. den spannenden diskursiven Zweikampf, den sich die Guerilla mit der (jeweiligen) mexikanischen Regierung liefert, und der mit dem Amtsantritt von Präsident Vicente Fox und der Ablösung einer 70 Jahre dauernden Ein-Parteien-Herrschaft einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, bei dem sich der amtierende Präsident Diskurspraktiken der *Zapatistas* aneignet, so z.B. mit dem gegen die vormalige Regierungspartei gerichteten Wahlkampfeslogan „*Ya!*“ („Genug!“). Die Autorin beschreibt an dieser Stelle sehr genau, wie die Wahlkampfstrategen gegenüber dem *Zapatismo* einen *Foxismo* kreieren.

Einen anderen Resonanzboden für den *Zapatismo*, den die Autorin in ihrer Arbeit ausführlich untersucht, bilden überwiegend mexikanische und vereinzelt auch latein- und nordamerikanische sowie europäische Intellektuelle. Sie unterscheidet in ihrer Untersuchung „Fans und Verteidiger“, „Sympathisanten und Skeptiker“, „wohlwollende Gegner“ und „erklärte Feinde“ der *Zapatistas*. Bei allen Unterschieden erkennt der weit überwiegende Teil der keineswegs als repräsentativ geltenden Gruppe von Intellektuellen die Legitimität des zapatistischen Aufstandes und der indigenen Autonomieforderungen an. Nur die starrköpfigsten Wiedergänger des alten mexikanischen Establishments wollen z.B. „in Chiapas keine Armut gesehen“ haben. Hervorzuheben ist an dieser Stelle der umfassende Einblick in die zahlreichen Wortmeldungen mexikanischer und lateinamerikanischer Intellektueller, der durch diese Arbeit dem deutschsprachigen „Publikum“ ermöglicht wird. Ebenfalls werden Auszüge aus diversen Briefwechseln zugänglich gemacht, die

der Sprecher der EZLN und Verfasser der meisten Kommunikés, *Subcomandante Marcos*, mit einigen von ihnen führte.

Einen weiteren sehr umfangreichen Resonanzboden bildet die mexikanische und internationale Presse. Als Textkorpora dienen für die Untersuchung je Land zwei Tages- sowie ein bis zwei Wochenzeitungen, und zwar aus Mexiko, der Bundesrepublik, Frankreich und den USA. Untersucht werden Artikelüberschriften und sogenannte *leads*, also weiterführende Überschriften von Artikeln, in denen die *Zapatistas* vorkommen. Vereinfacht kann gesagt werden, daß die Oberflächlichkeit, mit der in der internationalen Presse über den zapatistischen Aufstand berichtet wurde und wird, seine Identifikation als indigener Kampf um Anerkennung und Autonomie weitgehend verhindert.

Schließlich wird der internationale Resonanzraum des *Zapatismo* innerhalb des Internet vor allem anhand von Homepages und Texten von seiten der Solidaritätsbewegung bzw. der Antiglobalisierungsbewegung oder von „linkslibertären Autonomen“ gebildet. Während hier die Wirkungen und Einflüsse des *Zapatismo* vermutlich am stärksten waren, wie die Autorin einräumt, widmet sie sich diesem Phänomen jedoch eher am Rande. Das Phänomen der EZLN als Diskursguerilla grenzt sie eindeutig von der falschen These der „Medien-“ oder „Cyberguerilla“ ab, da vor allem die frühen Veröffentlichungen der Kommunikés, aber auch anderer Texte, eher „von außen“ als von der Guerilla selbst vorgenommen wurden: „Von der Schreibstube des *Subcomandante* zum nächstgelegenen Modemanschluss gelangen die Manuskripte nach wie vor per Esel, Jeep oder Fußmarsch an den militärischen Kontrollen vorbei.“ (S. 227) Gleichwohl kam den *Zapatistas* die Technik des Internet für die Verbreitung

ihrer Kommunikés sehr gelegen. Aber „das Internet trägt eher zur quantitativen Beschleunigung als zur qualitativen Vertiefung des zapatistischen Networking bei. Die wesentliche Waffe bleibt eine ungleich rudimentärere Kommunikationstechnologie, nämlich das gesprochene oder geschriebene Wort.“ (S. 318)

Zur ergänzenden Lektüre sei abschließend noch ein „Lese- oder Diskussionstip“ angefügt: *Das Argument* Nr. 253 mit dem Titel „20/10 Jahre Aufstand der Zapatisten“. Auch hier kommen grenzüberschreitend Intellektuelle zu Wort, diesmal aber, um z.B. über die Relevanz zu diskutieren, die die nunmehr zwanzigjährige zapatistische Bewegung mit ihrem spezifischen Politikverständnis, das übrigens ebenfalls als *Zapatismo* bezeichnet wird, für die Antiglobalisierungsbewegung wiewohl für die Linke überhaupt hat – sowie über die politischen Inhalte, die mit dem nunmehr zehn Jahre währenden Aufstand der *Zapatistas* aus Chiapas heraus in (fast) alle Welt transportiert wurden: Ihre Art und Weise vom „Machen der Wege“ („*preguntando caminamos*“ – „Fragend gehen wir weiter“); der Begriff „Neoliberalismus“, den die *Zapatistas* auf die Tagesordnung einer breiteren Öffentlichkeit gesetzt haben; auch der nicht unumstrittene Umgang, den die *Zapatistas* mit der „*Señora sociedad civil*“ pflegen, welche sie zur Unterstützung ihrer politischen Initiativen immer wieder (erfolgreich) mobilisieren konnten, dessen Übersetzung mit „Zivilgesellschaft“ jedoch in europäischen Kontexten an Grenzen und auf Widerstände stößt, da dieser Begriff hier in anderen Diskussionsstrategien und Konfrontationen zu finden ist; das strikte Ablehnen der Machteroberung bzw. eines „alten“ Revolutionsmodells durch die EZLN; das (selten erfolgreiche) Bemühen der *Zapatistas*, Frauen

eine stärkere Sprechposition innerhalb ihrer Bewegung sowie innerhalb der mexikanischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Wem das äusserst materialreiche Buch von Anne Huffschmid also noch nicht reicht, kann im *Argument* Nr. 253 weiterlesen.

Edo Schmidt

Literatur

- Ceceña, Ana Esther / Brand, Uli, 2000: Reflexionen einer Rebellion. Chiapas und ein anderes Politikverständnis. Münster
- Haug, Frigga / Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), 2003: 20/10 Jahre Aufstand der Zapatisten. Das Argument. Nr. 253. Hamburg
- Holloway, John, 2002: Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster
- Kerkeling, Luz, 2003: La Lucha sigue. Der Kampf geht weiter. Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands. Münster
- Mittelstädt, Hanna / Schulenburg, Lutz (Hg.), 1997: Der Wind der Veränderung. Die

- Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen. Kommentare und Dokumente. Hamburg
- Muñoz Ramírez, Gloria, 2004: EZLN 20 und 10. Das Feuer und das Wort. Münster
- Subcomandante Insurgente Marcos, 1996: Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Über den zapatistischen Aufstand in Mexiko. Hamburg
- Subcomandante Marcos, 1997: Geschichten vom Alten Antonio. Hamburg
- Subcomandante Marcos, 2003: Der Kalender des Widerstandes. Zur Geschichte und Gegenwart Mexikos von unten. Frankfurt/M.

Joachim Beerhorst / Alex Demirovic / Michael Guggemos (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt/M., 2004, Suhrkamp (499 S., 16 €)

Von „Kritischer Theorie“ ist im gegenwärtigen akademischen Betrieb nicht viel die Rede. Zwar findet man sie in den sozialwissenschaftlichen Nachschlagewerken, dort jedoch unterliegt sie oftmals einer eigentümlichen Historisierung, die bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno beginnt und bei Jürgen Habermas endet. Im Gegensatz dazu nimmt der von Joachim Beerhorst, Alex Demirovic und Michael Guggemos herausgegebene Sammelband „Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel“ eine Entgrenzung des „Projekts“ vor. Die Mehrheit der 19

Beiträge bezieht sich nicht explizit auf die Frankfurter Traditionslinien; Adorno und Horkheimer dienen oftmals nur als Stichwortgeber. Während ein anderer von Alex Demirovic herausgegebener Sammelband, „Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie“ (Stuttgart 2003), vor allem historische Kontinuitäten aktueller Diskussionen herausarbeitet, zielt der hier besprochene Band direkt auf die Analyse des aktuellen „gesellschaftlichen Strukturwandels“, d. h. den Veränderungen in Ökonomie und Politik im Kontext der sogenannten „Globalisierung“ und ihren Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebenswelt der Menschen.

Demirovic verdeutlicht in seinen den Band beschliessenden Ausführungen den Zusammenhang der versammel-

ten Texte mit kritischer Gesellschaftstheorie seit Marx: Theorie sei als eine soziale Praxis und wichtige Form der Welterschließung zu begreifen, die sich im Kontext harter sozialer Auseinandersetzungen vollziehe und historisch verändere. Wahrheit und Theorie haben einen „Zeitkern“, in verschiedenen geschichtlichen Phasen treten so verschiedene Entwicklungen in den Blick einer kritischen Gesellschaftstheorie. Obwohl im Zentrum von Marx' Analysen Fragen der Ökonomie standen, zielten sie in ihrer Konzeption immer schon darauf, die gesellschaftlichen Kämpfe systematisch herauszuarbeiten, die die kapitalistische Gesellschaft durchziehen. Die Kritische Theorie der älteren Frankfurter Schule fasse in den 1930er und 1940er Jahren davon verschiedene zeitspezifische Aspekte in den Blick: die Verschmelzung von staatlicher und ökonomischer Herrschaft, die Herausbildung der „Kulturindustrie“ und neue Formen eines Sozialcharakters, der sich durch Ich-Schwäche, konsumistische Lebensgewohnheiten und autoritäre Dispositionen auszeichnet.

Mit Jürgen Habermas' kommunikationstheoretischer Wende folgt nach Adorno und Horkheimer erneut eine Verschiebung der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie, zu deren systematischem Bezugspunkt die Demokratie wird und Fragen der politischen Ökonomie ausser Betracht bleiben. Habermas' Entwurf ist Demirovic zufolge geprägt von dem wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss eines „fordistischen Akkumulationsregimes“, das nun in der Auflösung begriffen sei: „Langfristige Senkung der Reallöhne, strukturelle Arbeitslosigkeit, zunehmende Polarisierung von Arm und Reich, durch die Globalisierung und europäische Integration herbeigeführte Konkurrenz der Lohnabhängigen, Schwächung der Gewerkschaften als Gegenmacht, Erosion

des Flächentarifvertragssystems, zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und steuerliche Belastung der unteren Einkommensgruppen, Stagnation oder gar Verschlechterung im Ausbildungs- und Bildungsbereich, Belastung und Zerstörung der Umwelt sind nur einige der Tendenzen, die zu ergänzen sind durch gegenläufige Tendenzen wie das Aufkommen und die Zunahme sozialer Bewegungen, die Reorganisation der Arbeits- und Betriebsweise, die Bildung von globalen Netzwerken auf der technologischen, ökonomischen oder politischen Ebene, die Immaterialisierung der Arbeit, die Inwertsetzung von Wissen und Gemeingütern. Diese Tendenzen weisen darauf hin, dass sich ein neues Muster der Reproduktion der kapitalistischen Vergesellschaftung entwickelt.“ (S. 496) Analysierten Adorno und Horkheimer die gesellschaftlichen Veränderungen in den 1930er und 1940er Jahren mit neuen Begriffen, so gelte es auch heute, die gegenwärtigen Transformationen der kapitalistischen Reproduktion mit neuen Forschungsstrategien zu erfassen. Die hier versammelten Beiträge verstehen sich, so Demirovic, als erste Bemühungen hin zu einer kritischen Gesellschaftstheorie, die dies zu leisten vermag.

Das Buch geht zurück auf eine Tagung im Jahr 2001, die gemeinsam von der Otto-Brenner-Stiftung, der Bildungsabteilung der IG-Metall und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung durchgeführt wurde, sodass auch Fragen der Gewerkschaftsarbeit angesprochen wurden. Oskar Negt beklagt in seinem Beitrag den gesellschaftstheoretischen Gedächtnisverlust und die Orientierungslosigkeit einer Gewerkschaftspolitik, die den Droh- und Erpressungsversuchen mit „Globalisierungszwängen“ und dem Abbau der die Lebensverhältnisse der Menschen schützenden sozialstaatlichen Einrichtungen nichts entge-

genzusetzen weiss. Er plädiert für eine Stärkung der politischen Bildung durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit: diese solle sich auf Kategorien der kritischen Gesellschaftstheorie wie „Realabstraktion“, „Ideologie“ und „erkenntnisleitendes Interesse“ zurückbesinnen und das Instrumentarium für die Analyse von Macht- und Herrschaftsstrukturen nicht leichtfertig über Bord werfen.

Gleichzeitig fielen den Gewerkschaften im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Mandats neben der innerbetrieblichen Vertretung generell verstärkt allgemeinpolitische und kulturelle bzw. soziale Aufgaben zu. Jürgen Hoffmann dagegen thematisiert die Probleme internationaler Kooperation der Gewerkschaften im europäischen „Standortwettbewerb“. Der Abschied vom Mythos internationaler gewerkschaftlicher Solidarität beinhalte die Chance zu einer Reform der Gewerkschaften: Da die Verschiedenheiten der Kapitalismusmodelle und der Gewerkschaftskulturen seiner Ansicht nach hierarchisch-zentralistische Zusammenschlüsse europäischer Gewerkschaften bzw. Betriebsräte verunmöglichen, empfiehlt er stattdessen eine Koordination gemeinsamer Ziele, die die Differenzen anerkenne und sie vorsichtig zu überwinden versuche.

Ulrich Brand erweitert die Perspektive auf das Nord-Süd-Verhältnis, indem er neue Formen der Krisenexternalisierung beschreibt. Global verursachte Weltwirtschaftskrisen fanden ihren Ausdruck in den Ländern, in denen politisch-institutionelle Strukturen und ökonomische Bedingungen besonders schlecht sind. Mittels von IWF und Weltbank werden verschuldete Länder zu neoliberalen „Strukturanpassungsprogrammen“ gezwungen, die Krisen weiter verschärfen. Er diagnostiziert ein Hegemoniedefizit der neuen „postfordistischen Weltordnung“ und ist der

Ansicht, dass „im Nord-Süd-Verhältnis die Führungs- und Konsenselemente zurücktreten bzw. Führung stärker mit direkter politischer Macht in Verbindung steht.“ (S. 109) Kritische Gesellschaftstheorie solle seiner Ansicht nach einen differenzierten Blick auf die komplexen patriarchalen und ethnisch strukturierten Klassengesellschaften des Südens entwickeln und eine Blickerweiterung auf die internationale und regionalen Ebenen vornehmen. Dabei sei auf der „sozialen Genesis der Probleme“ (Horkheimer) zu insistieren, unterschiedliche Kräfte müssten identifiziert und die gesellschaftlichen Entwicklungen als Ausdruck gesellschaftlicher Kämpfe beschrieben werden.

In direkter Anknüpfung an Konzepte der Frankfurter Schule analysiert Christoph Görg die postfordistische Transformation „gesellschaftlicher Naturverhältnisse“. Der Begriff thematisiert die „Gesamtheit der Praktiken, der institutionellen und organisatorischen Formen, in denen Gesellschaften ihre Verhältnisse zur Natur regulieren und transformieren“, somit also ein „konstitutives Verhältnis zwischen Gesellschaften und ihrer natürlichen Umwelt“ (S. 201). Die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu Lasten der Natur, durch die eine relative Nivellierung sozialer Ungleichheiten erreicht werden konnte, hat sich in der Phase fordistischer Vergesellschaftung die ökologische Krise zu einer Krise der Naturverhältnisse zugespitzt. Weiterhin werden aber die „Möglichkeiten einer Gestaltung der Naturverhältnisse [...] den Strukturzwängen kapitalistischer Restrukturierung untergeordnet“ (S. 220) und mit den sozial-ökologischen Problemen eine neue Dimension von Ungleichheit erzeugt. Gegenwärtig sei als weitere Zuspitzung eine postfordistische Transformation der Naturverhältnisse festzustellen, die sich durch „vollständige Subsumtion der Natur

unter gesellschaftliche Zwecksetzungen und die Leugnung einer Nichtidentität der Natur“ (S. 223) auszeichne.

Im Kontext einer kritischen Arbeitssoziologie befragt Harald Wolf die neuen Arbeitsleitbilder des Managementdiskurses danach, welche Vorstellungen vom Menschen, von seinen Beziehungen und Kooperationsformen, „welche Handlungsorientierungen und nicht zuletzt: welche Legitimationsformen von Herrschaft“ (S. 229) sie transportieren. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sie nicht Autonomie als Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung thematisieren, sondern die Selbstorganisation eines „homo oeconomicus“, dessen Basis und Rahmen die Herrschaftsausübung über lebendige Arbeit sei. Obwohl Kapitalismus immer den Ausschluss der Arbeitenden von der Verfügung über die Produktionsmittel und der Definition der Produktionsziele bedeute und die bürokratische Herrschaft über Arbeit versuche, Tätigkeiten und Kooperation der Arbeitskräfte von aussen zu kontrollieren, verweist Wolf auf die im Sinne effizienter Produktion notwendige Partizipation der Arbeitenden an Entscheidungen. In diesem Spannungsfeld von Ein- und Ausschlussprozessen, von Momenten von Freiheit inmitten eines „repressiven Ganzen“ (Herbert Marcuse) formuliert Wolf den Fluchtpunkt einer „konkreten Utopie autonomer Arbeit“ (S. 238). Es gelte, die neuen Arbeitsformen darauf zu untersuchen, inwieweit sich darin „alternative Möglichkeiten eigensinniger Selbsttätigkeit in der Arbeit artikulieren“ (S. 238) und Konzepte selbstbestimmter Arbeit und selbstbestimmten Lebens zu entwerfen.

Daran anschliessend thematisiert Karola Brede die zunehmende Bedeutung kommunikativer Fähigkeiten für die Steigerung der Produktion und deutet sie im Sinne einer Verfügung

über die Individualität der Angestellten im Kontext von Kapitalverwertung. Mit Foucaults Begriff der „Selbsttechniken“ beschreibt sie die Zumutung, innerhalb dieses Rahmens Verhaltensnormen zu internalisieren, die auf der Fiktion von Egalität und Autonomie beruhen: „Der neue Angestellte muss an seiner Person Reaktionsweisen herbeiführen können, die aus eigenem Antrieb und nach Massgabe persönlich gewonnener Überzeugungen zustande kommen“ (S. 253). Als Elemente einer Selbsttechnik entstehen Formen von Selbstdarbietung, die Akzeptanz, Respekt und Bewunderung unabhängig von der tatsächlichen Leistung hervorbringen sollen. Dabei sind die unternehmensinternen „Regeln der Identitätsbildung“ wichtig, mit denen spezifische Anforderungen an das Verhalten der Angestellten formuliert werden. Diese Erwartungen führen zu einer verinnerlichten Disziplin, die Verhaltensäusserungen bis hin zu Gesichtsausdruck und Körperhaltung kontrolliert. Während die Sichtbarkeit von Macht abnehme, steige die Komplexität der Anpassungsvorgänge, die zu psychopathologischen Erkrankungen und Konformitätsdruck führe. Brede vermutet, dass damit auch die soziale und individuelle Bedeutung von Aggression steige, indem gemäss Adornos Autoritarismuskonzept die Identifikation mit Übergeordneten und eine Verdrängung von aggressiven Impulsen hin zu einer Wendung gegen Schwächere führe. In dieser Perspektive steht das aktuelle Leitbild des „flexiblen Menschen“ (Richard Sennett) in Kontinuität zu dem autoritätsgebundenen Charakter der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Auch der gegenwärtig in Europa zu beobachtende Erfolg rechtspopulistischer Politik spricht für ein Fortleben derartiger charakterlicher Dispositio-

nen, die Klaus Dörre zufolge in einem komplexen und schwer fassbaren Wirkungszusammenhang mit Veränderungen in der Arbeitswelt und sozialer Desintegration stehen. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Erwerbsarbeit lässt nach, der Arbeitsmarkt erodiert tendenziell in drei Zonen (Robert Castel): die „Zone der Integration“ mit immer noch relativ geschützten Normalarbeitsverhältnissen, die „Zone der Entkopplung“ bzw. „Zone sozialer Ausgrenzung“, in der sich die dauerhaft vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen befinden, und die „Zwischenzone der Prekarität“, in welcher entscheidende Veränderungen stattfinden: „Deregulierung und Privatisierung, Shareholder-Value-Steuerung, Aufspaltung von Werken, Centerbildung und ein auf Dauer gestellter Standortwettbewerb sorgen dafür, dass Marktrisiken wieder unmittelbar an Belegschaften oder gar an einzelne Arbeitskollektive durchgestellt werden können“ (S. 298). Es entsteht ein bestimmter Rationalisierungstyp, der mit seinem Drohpotential die sozialen Sicherungssysteme unter Druck setzt.

Die entstehenden Flexibilitätsanforderungen erzeugen neue soziale Unsicherheiten; in den Unternehmen werden verstärkt individualistische Arbeitsformen verlangt, die einerseits die Entscheidungsspielräume der Beschäftigten erweitern, aber auch zu einem Mangel an Anerkennung und stabilen Arbeitsbedingen führen: „Die Beschäftigten selbst drängen danach, sich im Verhältnis zu anderen zu definieren, um Anerkennung zu erfahren und Konkurrenz zu begrenzen. Empfänglichkeit für rechtspopulistische, rechtsextreme Ideologien entsteht aus dem Versuch, Selbststabilisierung zu erreichen, indem der individuelle Anschluss an eine imaginäre nationale Gemeinschaft vollzogen wird“ (S. 303).

Interessant ist, dass Dörre auch positive Potentiale der flexiblen Produktionsweise sieht, die für ein visionäres Projekt genutzt werden könnten: Mit einer neuen Arbeitsverfassung, die als Modell einer optionalen Lebensgestaltung Bedürfnisse nach Zeit, familienbedingten Ruhephasen und Weiterbildungsinteressen verbindet, könne Flexibilität und Sicherheit so miteinander verbunden werden, dass den rechtspopulistischen Tendenzen eine soziale und demokratische Alternative entgegengestellt werden könne.

Andrea Maihofer widmet sich den aktuellen Formen strukturellen Wandels der Familie. Eine Pluralisierung familialer Lebensformen, die Lockerung von Ehe und Familie sowie von Familie und Heterosexualität führen zu Veränderungen in der familialen Zusammensetzung, zu einer Reduktion der Kernfamilie auf eine „Einelternfamilie“ oder zu einer Ausweitung auf eine „Fortsetzungsfamilie“, in der mit dem Partnerwechsel der Eltern individuelle Familienkonstellationen eintreten und die Kinder z. B. mit unterschiedlichen sozialen und biologischen Eltern bzw. Grosseltern aufwachsen.

Ebenso kommt es zu Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in den Familien, was die familiäre Arbeitsteilung sowie die Vereinbarung von Familie und Erwerbsarbeit betrifft. Indem die traditionelle Familienform ihre normative Geltung einbüsst, vergrößert sich einerseits der Freiheitsspielraum der Individuen, andererseits kommt es zu einer Verunsicherung der Individuen, die ständig gezwungen sind, über den Ort, die Zeit und die Art und Weise, wie Erwerbsarbeit und Familie miteinander vereinbart werden, zu entscheiden. Dazu sei „ein ganzes Set von Fähigkeiten erforderlich: von einem hohen Mass an kommunikativer (Aushandlungs-) Kompetenz über die Souveränität, Unsicher-

heiten auszuhalten, Risiken einzugehen bis hin zu einer grossen Flexibilität und Mobilität (im übrigen alles Fähigkeiten, die interessanterweise derzeit auch im Rahmen der Veränderungen der beruflichen Ausbildungsprofile gefordert werden. Doch bislang verfügen nur die wenigstens über diese Fähigkeiten“ (S. 405). Ein möglicher Zusammenhang des Wandels von Arbeits- und Familienformen wird bei Maihofer nur angedeutet; gerade dieser würde sich als Forschungsobjekt für eine kritische Gesellschaftstheorie in der Tradition der Frankfurter Schule anbieten.

Dass eine bunte „postmoderne Vielfalt“ der Lebensstile nicht nur Freiheiten, sondern auch Gefährdungen mit sich bringt, zeigt auch Roland Roth in seinen Bemerkungen zum politischen Gehalt gegenwärtiger Jugendkulturen. Der Befund aktueller deutscher Jugendstudien spricht zum einen von „Bastelbiografien“ (Ulrich Beck) der Jugendlichen, in denen gefestigte Weltanschauungen von Pragmatismus, Konkurrenz und Erfolgsorientierung abgelöst werden und kein starker Generationenkonflikt auftritt, zum anderen aber auch von der Ausgrenzung eines Drittels bis eines Viertels der Jugendlichen von derartig geprägten Jugendkulturen. Besonders bei streng erzogenen, schlecht ausgebildeten und arbeitslosen männlichen Unterschichtsjugendlichen mit hoher Zukunftsunsicherheit breiten sich vermehrt rechtsextremistisch getönte Weltanschauungen aus (Shell-Studie 2002). Verunsicherungen und Bedrohungen durch den Wandel der Lebensverhältnisse hinterlassen jedoch auch bei der Mehrheit politische Spuren, die als Institutionenkritik, Parteienverdrossenheit und Globalisierungskritik deutlich werden.

Nancy Frasers Essay geht auf die Veränderungen in der feministischen Theoriebildung ein: Waren die femi-

nistischen Ansätze in den 1970er Jahre zum Teil noch stark vom Marxismus und einem arbeitszentrierten Paradigma geprägt, das das Geschlechterverhältnis im Rahmen der Kritik der politischen Ökonomie zu bestimmen versuchte, so führte die intendierte Erweiterung und Vertiefung des Marxismus zu einer „kulturalistischen Wende“, die eine Verschiebung von sozialen Kämpfen, welche eine Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung anstrebten, hin zu kulturellen Kämpfen mit sich brachte, die lediglich die Anerkennung sexueller Differenz forderten. Eine „Politik der Umverteilung“ wurde abgelöst durch eine „Politik der Anerkennung“, die sich auch in ein neoliberales Weltbild fügte. Fraser versucht nun einen zweidimensionalen Ansatz für Geschlechtergerechtigkeit zu erarbeiten, der sowohl die politisch-ökonomischen wie auch die kulturell-diskursiven Aspekte umfasst.

Damit treten zum einen geschlechterspezifische Formen von Verteilungsungerechtigkeit in den Blick, die Frauen verstärkt unbezahlte Hausarbeit und Niedriglohnstellen zumuten, zum anderen aber auch androzentrische Wertmuster, die „männlich“ codierte gegenüber „weiblichen“ privilegieren, letztere entwerten und zu sexueller Gewalt, herabwürdigender Darstellung in den Medien, Geringschätzung im Alltag, Marginalisierung in der Öffentlichkeit führen. Um sexistische Ungleichverteilung wie Missachtung aufzuheben, formuliert Fraser das Prinzip der „partizipatorischen Gleichstellung“, das materielle Unabhängigkeit aller Gesellschaftsmitglieder sowie kulturelle Wertmuster erfordert, die den gleichen Respekt für alle Teilnehmenden gewährleisten.

Verteilung und Anerkennung erscheinen so als eng miteinander verbunden. Bemühungen, Einkommensungleichheiten aufzuheben, könnten

nicht gelingen, solange die Dienstleistungstätigkeiten im Niedriglohnbereich als unqualifizierte Frauenarbeit codiert sind. Die Versuche, weiblich codierte Merkmale aufzuwerten, scheitern wiederum, „solange sie kulturalistisch bleiben und die strukturellen ökonomischen Voraussetzungen unbefragt lassen, die jene Merkmale mit Abhängigkeit und Machtlosigkeit verknüpfen. Allein ein Ansatz, der die kulturelle Abwertung des ‚Weiblichen‘ gerade in der Ökonomie (und in anderen Bereichen) beseitigt, kann ernstzunehmende Umverteilung und wirkliche Anerkennung schaffen“ (S. 472).

In den versammelten Beiträgen wird eine Vielzahl von Facetten gegenwärtiger gesellschaftlicher Umbrüche aufgezeigt.

Das breite Spektrum der Themen und die Heterogenität der Theorieansätze erweisen sich dabei als Stärke: Anhand der Einzelanalysen unterschiedlichster gesellschaftlicher Felder wird deutlich, wie stark gerade die ökonomischen Veränderungen gesellschaftliche Probleme erzeugen, die direkt die Lebenswelt der Menschen prägen und bis in deren Subjektivität hineinreichen. So gewinnen Gegenstand und Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie an Empirie und Veränderungspotential. Das Ziel solcher Theorie, „Freiheit, Vernunft, Genuss, Glück und Musse für alle [zu] ermöglichen“ (S. 12), zieht sich als roter Faden auch durch diesen Sammelband.

Johannes Gruber

magazin für linke debatte und praxis



Prekarität:

- hinterm Verkaufstisch
- mit und ohne Greencard
- in linken und anderen Projekten
- in Serbien, Argentinien, Südafrika
- jenseits der Normalarbeit
- im Kampf um soziale Rechte
- am Rande ökonomischer Verwertung
- als Lebensentwurf

4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen

Bestellungen an:

fantomas@akweb.de
ak – analyse + kritik

Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175

Weitere Literaturhinweise

- Attac (Hrsg.), 2003: Machtspiel Globalisierung. Politische Ökologie, Nr. 85, München
- Attac, 2004: Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO-GATS-TRIPS-MAI. Verlag Promedia, Wien
- Bakker, Isabella, 2004: Privatisierung der gesellschaftlichen Reproduktion: Staatliche Fürsorge und Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument Heft 256, Sich arm arbeiten? Das grosse Roll-back. Hamburg
- Biesecker, Adelheid et al. (Hrsg.), 2004: Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún. VSA Verlag, Hamburg
- Braunmühl, Claudia v. / Sancar, Annemarie, 2004: Essentialisierung durch Gender Mainstreaming? Geschlechterpolitische Folgen eines Politikinstrumentes am Beispiel des Wassersektors. In: femina politica, Heft 2, Berlin/Leverkusen
- Brunnengräber, Achim (Hrsg.), 2003: Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
- BUKO (Hg.), 2003: radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Assoziation Verlag, Berlin
- Burgmer, Christoph / Fuchs, Stefan (Hg.), 2004: Global Total. Eine Bilanz der Globalisierung. Mit Beiträgen u.a. von E. Altvater, S. Amin, W. Bello, J. Holloway, B. Mahnkopf. PappyRossa Verlag, Köln
- Faschingeder, Gerald / Kolland, Franz / Wimmer, Franz (Hrsg.), 2003: Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik? Promedia Verlag, Wien
- Femina politica, 2004: Geschlechterperspektiven in der Entwicklungspolitik. Heft 2, Berlin/Leverkusen
- Görg, Christoph / Brand, Ulrich (Hg.), 2002: Mythen globalen Umweltmanagements. Rio 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
- Huffs Schmid, Jörg / Attac (Hg.), 2004: Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. VSA Verlag, Hamburg
- INKOTA-Brief, 2004: Wasser – öffentliche Kontrolle statt Kommerz. Nr. 128, Berlin
- Loccumer Initiative (Hg.), 2002: Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht. Ein Memorandum. Uffizin Verlag, Hannover
- Massarrat, Mosseh et al. (Hrsg.), 2003: Bilanz nach den Weltgipfeln. Perspektiven für Umwelt und Entwicklung. Oekom Verlag, München
- Mies, Maria, 2004: Krieg ohne Grenzen. Die neue Kolonialisierung der Welt. Pappy-Rossa Verlag, Köln
- Narr, Wolf Dieter, 2003: Introvertierte Imperialismen und ein angstgeplagter Hegemon. Für eine utopische Transzendenz der Globalisierungskritik. In: Prokla Heft 133, Berlin/Münster
- Osinski, E. et al. 2004: Landwirtschaft und Umwelt – ein Spannungsfeld. Forschungsergebnisse (FAM), oekom verlag, München
- Schäfer, Rita, 2004: Das Geschlecht der Armut. Die Rolle der Frauen in der Ernährungssicherung. In: Hunger im Überfluss. Politische Ökologie Nr. 90, München
- Scharenberg, Bernhard, 2003: Auf der Müllhalde der Geschichte? Zur Aktualität des Imperialismusbegriffs. In: BUKO (Hg.), radikal global, Berlin
- Scheffran, Jürgen, 2004: Energiekonflikte und Klimakatastrophe. In: Prokla 135, Berlin/Münster
- Weber, Gaby, 2004: Daimler-Benz und die Argentinien-Connection. Verlag Assoziation, Berlin
- Werlhof, Claudia v. / Bennholdt-Thomsen, V. / N. Faraclas (Hg.), 2003: Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung. Promedia Verlag, Wien
- Windfuhr, Michael, 2004: Arbeit an der Utopie. Die Hungerdiskussionen der Vereinten Nationen. In: Hunger im Überfluss. Politische Ökologie Nr. 90, München
- Wullweber, Joscha, 2004: Umkämpfte Natur. Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation. In: Prokla 135, Berlin/Hamburg